



Europa und seine südlichen Nachbarn

Chancen und Herausforderungen für Europas Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im Maghreb

Tobias Schumacher

**Diskussionspapier zum Dritten
Deutsch-Spanischen Forum
Madrid, 12.–13. Dezember 2005**

Das Deutsch-Spanische Forum

Die Verbindung zwischen Spanien und Deutschland gehört in der heutigen Europäischen Union zu den Beziehungen besonderer Art. Beide Länder sind wichtige Teile des Europäischen Marktes, beide liegen in einer besonderen geographischen Position und haben ein besonderes Interesse an und in der europäischen Integration. Für Spanien und für Deutschland sind demokratische Konsolidierung und wirtschaftlicher Erfolg mit Europa und der EU verbunden.

Gleichzeitig fällt sowohl Spanien als auch Deutschland jeweils eine Schlüsselrolle als Mittler zu politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Großräumen zu. Spanien hat diese Funktion in Hinsicht auf Lateinamerika und den Mittelmeerraum, Deutschland in Hinsicht auf Mittel- und Osteuropa. Die strategische und abgestimmte Gestaltung der Beziehungen zu diesen Weltregionen ist entscheidend für die zukünftige Rolle Europas als weltpolitischer Akteur.

Das gegenseitige Verständnis für die andere Seite ist eine wesentliche Voraussetzung für die Zusammenarbeit im europäischen Verbund. Neben regelmäßigen Konsultationen und Begegnungen auf der Spitzenebene der Regierungen ist hierfür der Dialog zwischen Meinungsführern, Parlamentariern und Vertretern aus Wirtschaft und Bürgergesellschaft von besonderer Bedeutung. Im Dialog auf dieser Ebene können Themen, Interessen und Präferenzen beider Seiten sondiert und diskutiert werden. Zugleich bietet ein bilaterales und bürgergesellschaftlich orientiertes Forum die Gelegenheit zur Entwicklung gemeinsamer Konzepte und Positionen im Vorfeld offizieller Stellungnahmen.

Das vorliegende Papier dient als Diskussionsgrundlage für die Debatte zum Thema „Europa und seine südlichen Nachbarn – Chancen und Herausforderungen für Europas Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im Maghreb“ während des Dritten Deutsch-Spanischen Forums am 12. und 13. Dezember 2005, das die Bertelsmann Stiftung und die Fundación Rafael del Pino in Madrid veranstalten.

Kontakt:

Armando García Schmidt
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256
D-33311 Gütersloh
Phone: + 49 5241 81 - 81 543
UMS: + 49 5241 816 - 81 543
E-Mail: armando.garciaschmidt@bertelsmann.de

Zusammenfassung

Die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Ländern des Maghreb – Marokko, Algerien und Tunesien – ist von besonderer Bedeutung. Stabilität, Sicherheit und Wohlstand der europäischen Völker, aber auch die Zukunftsfähigkeit der südlichen Mittelmeeranrainer hängen davon ab, wie ehrlich man die sozialen, politischen und ökonomischen Gegebenheiten analysiert und welche Antworten auf die Chancen und Herausforderungen gefunden werden, die in der Entwicklung der bilateralen Beziehungen liegen. Die sozioökonomische Entwicklung ist rasant: Der südliche Mittelmeerraum wies in den zurückliegenden Jahrzehnten das weltweit höchste Bevölkerungswachstum auf und leidet heute selbst unter dem Migrationsdruck aus Schwarzafrika. Eine immer größer und jünger werdende Bevölkerung stellt die Bildungs-, Sozial und Arbeitsmarktsysteme der maghrebinischen Länder vor nicht gekannte Herausforderungen. Diesen begegnen die autoritären Regime bisher ebenso unzureichend wie auf die Notwendigkeiten des Systemwechsels hin zu demokratischen und rechtsstaatlichen Normen. Repressiv geht die Staatsmacht in allen drei Ländern nicht nur gegen gewaltbereite Islamisten vor. Demgegenüber bleibt die europäische Maghrebpolitik ohne offensichtliche strategische Ausrichtung. Elemente einer neuen europäischen Maghrebpolitik wie die Stärkung der subregionalen Kooperation, die Beseitigung von Handelshemmnissen zugunsten der Maghrebländer, die gezielte Förderung des Pluralismus und der Zivilgesellschaften oder die Etablierung einer europäisch-nordafrikanischen Bildungsinitiative werden in diesem Papier vorgezeichnet.

Dr. Tobias Schumacher ist seit 2005 Senior Deputy Manager der Euro-Mediterranean Study Commission (EuroMeSCo) und Senior Research Fellow am Portugiesischen Institut für Strategische und Internationale Studien in Lissabon. Er studierte Politikwissenschaft, Betriebswirtschaftslehre und Soziologie an den Universitäten Freiburg, Basel, Edinburgh und Mainz. Nach Lehr- und Forschungsaufenthalten in Schweden und Mainz promovierte er im Jahr 2002 über die Mittelmeerpolitik der Europäischen Union. Von 2002 bis zum Sommer 2005 arbeitete er unter anderem als Wissenschaftlicher Koordinator des Mediterranean Programme am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Seit 2004 ist er Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Euro-Mediterranean Partnerschaft, Nordafrika, Nahost sowie zur deutschen und türkischen Außenpolitik.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung: Der Maghreb als Herausforderung für Europa	1
1.1	Die sozioökonomische Entwicklung im Maghreb	2
1.2	Der Maghreb als Sicherheitsrisiko? Islamismus und Terror in Nordafrika	9
2	Die Maghreb-Politik der Europäischen Union – zwischen Aktion und Reaktion	12
2.1	Die deutsche Maghreb-Politik	14
2.2	Die spanische Maghreb-Politik	16
3	Elemente einer neuen europäischen Maghreb-Politik	18
3.1	Stärkung der subregionalen Kooperation	18
3.2	Beseitigung tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse	19
3.3	Förderung des Pluralismus und Integration des politischen Islam	19
3.4	Stärkung der Zivilgesellschaft	20
3.5	Eine europäisch-nordafrikanische Bildungsinitiative	20
	Anhang	22

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Schaubild 1	: Demographische Entwicklung im südlichen Mittelmeerraum	2
Tabelle 1	: Demographische Daten der drei Maghreb-Staaten	3
Tabelle 2	: Bruttoinlandsprodukt der EU-Staaten und der Maghreb-Staaten	5
Tabelle 3	: Entwicklungshilfe und Verschuldung der Maghreb-Staaten	6
Tabelle 4	: Menschliche Armut im Maghreb	8
Tabelle 5	: Handelsbilanz der EU mit Algerien, Marokko und Tunesien im Vergleich zu allen übrigen EMP-Mittelmeerländern (DLM), 1995-2003, in Mio. US-\$	22
Tabelle 6	: Ranking der drei Maghreb-Staaten unter den 50 wichtigsten Handelspartnern der EU vor und während der EMP	22
Tabelle 7	: Anteil der EU-Importe und EU-Exporte aus den Maghreb-Staaten an den Gesamtimporten/Gesamtexporten in/aus die/der EU	23
Tabelle 8	: Anteil der EU an den Exporten der Maghreb-Staaten vor/während der EMP	23
Tabelle 9	: Anteil der EU an den Importen der drei Maghreb-Staaten vor und während der EMP	23
Tabelle 10	: Intra-Maghreb-Handel 1998	23

1 Einleitung: Der Maghreb als Herausforderung für Europa

Die sich in jüngster Zeit häufenden tragischen Zwischenfälle an den Grenzen der spanischen Exklaven Ceuta und Melilla, erschreckende Bilder von illegalen Immigranten, die aus Nordafrika kommen und regelrecht an Spaniens Küsten geschwemmt werden, aber auch das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) mit ihren Amtskollegen und Außenministern aus dem südlichen Mittelmeerraum, das Ende November in Barcelona stattgefunden hat, lenken die Aufmerksamkeit auf Europas südliche Nachbarregion. Der Bombenanschlag auf eine Synagoge auf der tunesischen Ferieninsel im April 2002, bei dem überwiegend deutsche Touristen umgekommen sind, die Bombenanschläge in Casablanca im Mai 2003, vor allem aber die blutigen Bombenattentate in Madrid im März 2004, haben in Spanien, vor allem aber auch in Deutschland den Blick für die Maghrebregion und die dortigen Problemlagen geschärft.

Bereits seit Ende der sechziger Jahre unterhält die EU ein engmaschiges Netz an bi- und multilateralen Beziehungen zu den drei nordafrikanischen Staaten Algerien, Marokko und Tunesien. Seit 1995 sind diese Beziehungen in die Euro-Mediterrane Partnerschaft (EMP) eingebettet und werden seit 2003 durch die so genannte Neue Nachbarschaftspolitik der EU (ENP) gestützt. Im Zuge dieser beiden Strategieansätze versucht die EU im Maghreb sowie in der gesamten südlichen Mittelmeerregion eine Zone des Friedens, des Wohlstands und der Stabilität zu schaffen. Trotz massiver Finanzhilfen und einer Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheitspolitik, Wirtschaft und Soziales/Kultur, ist es der EU aber bislang nicht gelungen, diese Zielsetzung zu verwirklichen.

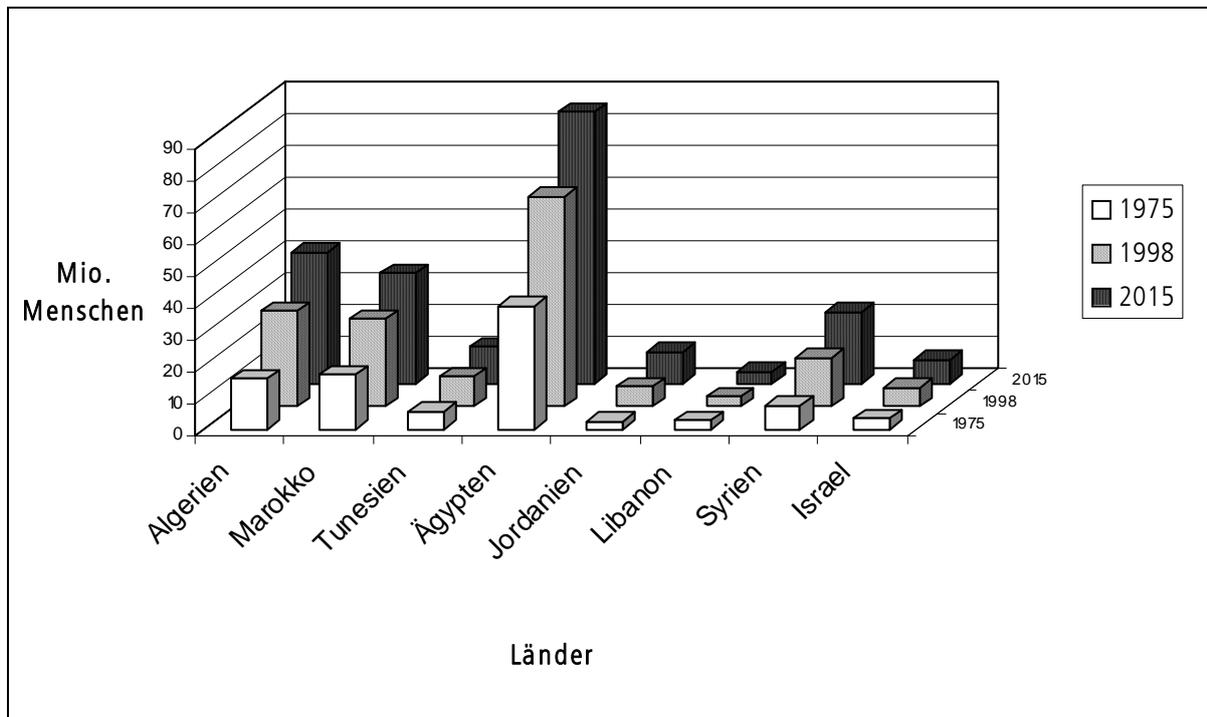
Zehn Jahre nach Beginn des so genannten Barcelona-Prozesses bietet das Deutsch-Spanische Forum 2005 einen geeigneten Anlass, die europäische Maghreb-Politik einer kritischen Analyse zu unterziehen, um darauf aufbauend konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung des europäisch-nordafrikanischen Verhältnisses vorzulegen. Nicht zuletzt die geographische Nähe Nordafrikas zu Spanien und damit auch zur EU lässt es notwendig erscheinen, einen solchen *reality check* mit einer Analyse der im Maghreb auffindbaren Problemlagen und somit den Herausforderungen, die sich an die EU und ihre Politik gegenüber Algerien, Marokko und Tunesien stellen, zu beginnen.

Aus diesem Grund beschäftigt sich Kapitel 1 zunächst mit der sozioökonomischen Entwicklung sowie in einem zweiten Schritt mit der sicherheitspolitischen Lage im Maghreb. Daran schließt sich das zweite Kapitel an, das zunächst einen kritischen Überblick über die europäische Maghreb-Politik gibt und sowohl die deutsche als auch die spanische Politik gegenüber Europas südlichen Nachbarn beleuchtet. Das dritte Kapitel legt konkrete Reformvorschläge für die europäische Politik gegenüber dem Maghreb vor.

1.1. Die sozioökonomische Entwicklung im Maghreb

Die demographische Entwicklung in den drei Staaten des Maghreb sowie ihre Auswirkungen auf Beschäftigung und sozioökonomische Entwicklung stehen stellvertretend für den gesamten südlichen Mittelmeerraum. *Im Zeitraum zwischen 1965 und 1989 wies der Großraum des südwestlichen und südöstlichen Mittelmeers das weltweit höchste Bevölkerungswachstum auf.*

Schaubild 1: Demographische Entwicklung im südlichen Mittelmeerraum



Quelle: UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung 2000.

Aufgrund des durch medizinischen Fortschritt bedingten Sterblichkeitsrückgangs, der damit einhergehenden gestiegenen Lebenserwartung sowie der im Vergleich zu den EU-Staaten mehr als doppelt so hohen Fertilitätsraten hat sich das Bevölkerungsverhältnis zwischen dem nördlichen und dem südlichen Mittelmeerraum in den letzten fünfzig Jahren deutlich verschoben. Dies konnte auch nicht durch die höhere Geburtensterblichkeit im Maghreb und Maschreck ausgeglichen werden. Lebten nach dem Ende des zweiten Weltkriegs im Süden 32% und in den nördlichen Mittelmeeranrainern 68% der Gesamtbevölkerung, so betrug das Verhältnis 1990 bereits 42% zu 58%. Projektionen des UNDP zufolge wird es sich bis 2015 umkehren, dies obwohl die Geburtenziffern in den südlichen Anrainerstaaten, allen voran in Tunesien, bereits seit Mitte der achtziger Jahre gefallen sind.

Während Mitte der siebziger Jahre noch 39 Millionen Menschen in Algerien, Marokko und Tunesien lebten, ist die Zahl gegenwärtig bereits auf über 70 Millionen angestiegen und wird, ausgehend von den in Tabelle 1 enthaltenen jährlichen Bevölkerungszuwachsraten im Jahr 2015 annähernd 90 Millionen betragen. Im gesamten südlichen Mittelmeerraum wird die Zahl von rund 94 Millionen auf ca. 217 Millionen angewachsen sein. *Das heißt, innerhalb eines Zeitraumes von lediglich 40 Jahren wird sich die Bevölkerungszahl an Europas südlicher Peripherie verdoppelt haben.*

Tabelle 1: Demographische Daten der drei Maghreb-Staaten

		Algerien	Marokko	Tunesien
Gesamtbevölkerung (in Mio.)	1975	16,0	17,3	5,7
	2001	30,7	29,6	9,6
	2015	41,2	34,8	11,6
Jährliches Bevölkerungswachstum (in %)	1975-1998	2,8	2,0	2,2
	1998-2015	1,9	1,4	1,3
Städtische Bevölkerung (in %)	1975	40,3	37,7	49,9
	2001	57,7	56,1	66,1
	2015	67,5	64,3	73,5
Bevölkerung nach Altersgruppen (in %) 1995	Unter 15 Jahren	38,7	36,2	34,9
	Von 15 bis 64 Jahren	57,7	59,2	60,7
	65 Jahre und älter	3,6	4,6	4,4

Quelle: UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung 2000 und 2003; European Commission/eurostat: Euro-Mediterranean statistics 1/2000.

Tabelle 1 macht deutlich, dass der Bevölkerungszuwachs in den drei Maghreb-Staaten unterschiedlich ausgeprägt ist. Während sich das Bevölkerungswachstum in Marokko und Tunesien in den letzten Jahren deutlich verlangsamt hat und sich die Zuwachsraten in der Vierzigjahresperiode auf ca. 100% belaufen, ist die Entwicklung in Algerien mit einer Wachstumsquote von ca. 157% noch gravierender. Im gesamtmediterranen Vergleich weisen im selben Zeitraum lediglich Syrien mit 205% und Jordanien mit gar 280% noch höhere Raten auf.

Zwar haben alle drei Maghreb-Staaten bereits in den achtziger und neunziger Jahren antinatale Politiken eingeführt, die auf Aufklärung, Geburtenkontrolle und Empfängnisverhütung setzen. Diese Politik konnte auch das demographische Wachstum verlangsamen und hat insbesondere im Falle Tunesiens bewiesen, dass sich progressive Bevölkerungspolitik gepaart mit einer Politik der Frauenförderung durchaus mit islamischer Kultur bzw. der Anwendung der Shari'a vereinbaren lässt. Dennoch überdeckt dies nicht die noch immer kritischen und im Vergleich zu den Ländern der EU äußerst hohen Zuwachsziffern. *Hinzu kommt aber auch, dass alle drei Staaten in der letzten Dekade sukzessive selbst zu Einwanderungsländern bzw. zu Transitländern für Migranten aus Schwarzafrika geworden sind.*

Unbestritten ist, dass das demografische Wachstum zu einer erheblichen Veränderung sowohl der Altersstruktur als auch der Urbanisationsraten der südlichen Mittelmeeranrainer geführt hat und dies, sofern eine nachhaltige demografische Transition ausbleibt, auch weiterhin tun wird. *Seit Beginn des 20. Jahrhunderts bis in die Mitte der neunziger Jahre hat sich die gesamte Bevölkerung im südlichen Mittelmeerraum um das fünffache vermehrt, während die städtische Bevölkerung im gleichen Zeitraum um das fünfzehnfache angestiegen ist.*

In Algerien, Marokko und Tunesien hat die Landflucht zur Entstehung slumartiger Vorstädte und zu einer deutlichen Veränderung der Sozial- und Stadtstrukturen geführt. So ist die städtische Bevölkerung in Algerien zwischen 1966 und 1990 von 3,7 auf 12,9 Millionen Menschen angewachsen, in Marokko und Tunesien zwischen 1971 und 1990 hingegen von 5,4 auf 12,1 Millionen bzw. von 2,2 auf 4,4 Millionen Menschen. Defizitäre Infrastrukturen, Wohnungs- und Arbeitsplatzmangel, nicht-existente bzw. unzureichende Gesundheitsfürsorgesysteme sowie zunehmende Verelendung sind nur einige Charakteristika, die als Folge der demographischen Entwicklung ein erhebliches Potential sozialer und politischer Sprengkraft in sich bergen.

Anders als in den Staaten der EU sind gegenwärtig – mit steigender Tendenz – im Maghreb etwas mehr als ein Drittel der Bevölkerung unter 15 Jahren, was nicht nur die jeweiligen Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktsysteme vor enorme Herausforderungen stellt. Zur Wahrung der politischen Stabilität verlangt dies vielmehr die Integration der jungen Bevölkerungsgruppen durch die autoritären politischen Systeme. Mit anderen Worten: Um auch nur einigermaßen mit dem demographischen Zuwachs Schritt zu halten, bedarf es im gesamten südlichen Mittelmeerraum künftig mindestens eines fünf- bis sechszehnten realen Wirtschaftswachstums pro Jahr sowie die Schaffung von mehreren hunderttausend Arbeitsplätzen.

Der Blick auf die makroökonomischen Daten aller drei Staaten zeigt, dass derartige Wachstumsraten durchaus im Bereich des Möglichen und damit sogar weit über dem EU-Durchschnitt liegen (vgl. Tabelle 2). Dennoch macht aber sowohl das absolute BIP als auch das Pro-Kopf-BIP der drei Staaten nur einen Bruchteil der europäischen Werte aus. 1997 umfasste das Bruttosozialprodukt der vier EU-Mittelmeeranrainer bereits 88% aller südlichen Mittelmeeranrainer. Lag bspw. Portugal 2001 mit einem Pro-Kopf-BIP von 10.954 US-\$ im internationalen Vergleich gerade noch unter den ersten 50, so ist mit Ausnahme Tunesiens keines der übrigen Maghreb-Länder auf den ersten hundert Plätzen zu finden.

Sicher können die zuletzt hohen BIP-Wachstumsraten zur Steigerung der individuellen Einkommensverhältnisse im Maghreb beitragen. Ihr Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird aber vor allem in Algerien und Marokko jedoch noch immer durch die hohen Bevölkerungszuwachsziffern neutralisiert.

Obwohl die drei Maghreb-Staaten trotz massiver Kürzungen im Vergleich zu 1992 mit ca. einer halben Bio. US-\$ weltweit zu den Ländern mit der höchsten Entwicklungshilfe gehören, haben die Transfers kaum zur Verbesserung der mikro- und makroökonomischen Verhältnisse beigetragen. Die hohen Handels- und Zahlungsbilanzdefizite sowie die hohe Auslandsverschuldung absorbieren einen Großteil der externen Finanzhilfen. Gleichwohl muss bemerkt werden, dass die Auslandsverschuldung in allen drei Staaten in absoluten Zahlen seit 1997 zurückgegangen ist. Dank jüngst abgeschlossener Umschuldungsvereinbarungen ist vor allem die Entwicklung in Algerien und Marokko hervorzuheben. Allerdings hat auch hier die Verschuldung der öffentlichen Haushalte im gleichen Zeitraum zugenommen.

Tabelle 2: Bruttoinlandsprodukt der EU-Staaten und der Maghreb-Staaten

	Bevölkerung (in Mio.) 2001	Bruttoinlands-Produkt			Bruttoinlands-Produkt pro Kopf			Kaufkraftparität BIP	
		US-\$ Mrd.	Rang	Jährl. Wachstum in % 1997- 1998	US-\$	Rang	Wachstum p.a. in %	Pro Kopf US-\$	Rang
		2001	1998	1997- 1998	2001	1998	1990- 2001	2001	1998
EU									
B	10,3	229,6	19	3,0	22323	15	1,9	25520	13
DK	5,3	161,5	23	2,7	30144	6	2,0	29000	12
D	82,3	1846,1	3	2,8	22422	13	1,2	25350	19
EL	10,9	117,2	32	3,3	11063	46	2,0	17440	49
E	40,9	581,8	10	3,7	14150	39	2,2	20150	43
F	59,6	1309,8	4	3,2	22129	20	1,5	23990	22
IRL	3,9	103,3	43	9,2	26908	27	6,8	32410	33
I	57,5	1088,8	6	1,4	18788	25	1,4	24670	25
L	0,4	18,5	k.A.	4,2	42041	k.A.	4,2	53780	k.A.
NL	16,0	380,1	13	3,3	23701	17	2,3	27190	18
A	8,1	188,5	21	3,3	23186	12	1,8	26730	15
P	10,0	109,8	33	3,9	10954	48	2,6	18150	46
FIN	5,2	120,9	31	6,7	23295	19	2,6	24430	24
S	8,9	209,8	20	2,8	23591	14	1,7	24180	27
UK	58,9	1424,1	5	2,1	24219	22	2,5	24160	26
Mag.									
Alg	30,7	54,7	51	5,8	1773	113	0,1	6090	101
Mar	29,6	34,2	56	7,0	1173	124	5,3	3600	128
Tun	9,6	20,0	69	5,5	2066	101	3,1	6390	94

Quelle: The World Bank: World Development Indicators 2000; CIA: The World Factbook 2000; European Commission/eurostat: Euro-Mediterranean statistics 1/2000.

Weitere externe Finanzhilfen, die eine wichtige Quelle für Konsum und Investitionen darstellen, sind die Rücküberweisungen der in Europa ansässigen Arbeitsmigranten aus dem Maghreb. *Allein im Jahr 2000 beliefen sich die Überweisungen tunesischer und marokkanischer Gastarbeiter im Jahr auf 3,9% bzw. 7,3% des jeweiligen Bruttosozialproduktes.*¹ Wenngleich Marokko und vor allem Tunesien in den letzten Jahren mit der Einleitung ökonomischer Liberalisierungs- und Privatisierungsschritte – der sog. *infatih* bzw. dem *mise-en-nouveau* –, dem Abbau der Haushaltsdefizite und der Kürzung der Ausgaben im öffentlichen Sektor begonnen haben, leiden alle drei Staaten unter einer relativ hohen Geldentwertung sowie im südmediterranen Gesamtzusammenhang unter der weltweit niedrigsten Produktivität.

¹ Hinsichtlich der algerischen Rücküberweisungen sind verlässliche Daten gegenwärtig nicht erhältlich.

Tabelle 3: Entwicklungshilfe und Verschuldung der Maghreb-Staaten

	Erhaltene Offizielle Entwicklungshilfe (ODA)						Auslandsverschuldung				Schuldenbedienung (in % der exportierten Güter und Dienstleistungen)	
	Total (US-\$ Mio.)		in % vom BSP		Pro Kopf US-\$		Total (US-\$ Mio.)		in % vom BSP			
	1992	2001	1992	2001	1992	2001	1985	2001	1985	1998	1985	2001
Alge.	405,9	182,0	0,9	0,3	15,6	5,9	18260	22503	32,4	67,5	35,6	19,5
Maro.	946,3	516,5	3,5	1,5	37,3	17,5	15779	16962	129,2	60,3	34,6	21,9
Tune.	390,1	377,7	2,6	1,9	46,1	39,2	4884	10884	60,6	58,0	25,0	13,4

Quelle: UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung 2000 und 2003; World Bank: World Development Indicators 2003.

Damit eng verbunden ist wiederum ein unattraktives Investitionsklima, welches die wirtschaftliche Entwicklung erheblich einschränkt. Das geringe Produktivitätsniveau spiegelt sich zwar nicht in den Arbeitslosigkeitszahlen wider, die auf den ersten Blick gar mit den in der EU geltenden Ziffern vergleichbar erscheinen. Dies hat jedoch keine Aussagekraft, da in allen drei Ländern das Phänomen verschleierte Beschäftigung auszumachen ist und, wie bspw. in Marokko, zunehmend Beschäftigungsverhältnisse auf Niedriglohnbasis abgeschlossen werden.

Inbesondere der dominante öffentliche Sektor, eine stagnierende bzw. nur geringfügig voranschreitende Deregulierung und die Befriedigung von Günstlingsnetzwerken sind Charakteristika, die in unterschiedlicher Ausprägung repräsentativ für den gesamten Maghreb sind. Ein weiteres gemeinsames Kennzeichen der ökonomischen Entwicklung ist die geringe Exportdiversifizierung sowie die mangelhafte Integration der nationalen Wirtschaften in den Weltmarkt.

Das Erdöl- und Erdgasreiche Algerien, als einer der wichtigsten Energielieferanten der EU², aber auch das ebenfalls über Erdölvorräte verfügende Tunesien haben es sowohl in den siebziger als auch in den achtziger Jahren versäumt, ihre Hydrokarboneinnahmen zugunsten nachhaltiger ökonomischer Entwicklung, der Entwicklung neuer technologischer Kapazitäten, einer Steigerung der eigenen internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zu Gunsten einer Exportdiversifizierung zu verwenden.³ Die Erdölrente konnte zwar lange Zeit die notwendigen ökonomischen Reform- und Liberalisierungsschritte ersetzen. Die zahlreichen Ölpreisschwankungen der letzten dreißig Jahre und der damit einhergehende, immer wieder auftretende Rückgang an Deviseneinnahmen haben allerdings zu einer stetigen Verschlechterung der eigenen internationalen Konkurrenzfähigkeit und zu einem massiven Reformstau beigetragen.

² Algerien liefert ca. 25% der europäischen Gasimporte.

³ In Tunesien ist der Ausfuhranteil zwischen 1985 und 1992 von 42% auf ca. 15% zurückgegangen.

Gegenwärtig ist es vor allem Algerien, das sich tief greifenden ökonomischen Reformen widersetzt und noch immer auf die Praxis des rent-seeking setzt. Zwar vermag dies durchaus Investitionen im Erdöl- und Erdgassektor anzuziehen.⁴ Diese Strategie verkennt jedoch neben den Unsicherheiten, denen die Ölpreise und die Nachfrage permanent ausgesetzt sind, vor allem die begrenzte Reichweite der Reserven, die – sofern die gegenwärtigen Förderquoten beibehalten werden – nach aktuellen Berechnungen in ca. 15 Jahren an ihre Grenzen gelangt sein werden.⁵

Erschwert werden die Exportdiversifizierung und die Herstellung international wettbewerbsfähiger Produkte zusätzlich durch die hohen Ein- und Ausfuhrzölle im Rahmen des noch immer vielfach praktizierten Konzepts der Importsubstitution. Sie stellen für die Staatshaushalte Algeriens, Marokkos und Tunesiens eine wichtige Einnahmequelle dar und wurden daher, trotz mehrfacher Ankündigungen von den jeweiligen Regierungen noch immer nicht aufgehoben bzw. bislang nur geringfügig gesenkt.

Die in Tabelle 4 enthaltenen Indikatoren unterstreichen die sozialen Verwerfungen und reflektieren auch die Situation im Bildungssektor und der Gesundheitsfürsorge. Während Tunesien nahezu 8% des BSP für Ausgaben im Bildungsbereich aufwendet, beträgt der Anteil in Algerien und Marokko nur ca. 5%. Ähnlich verhält es sich mit den öffentlichen Ausgaben im Gesundheitswesen. Hier betragen die Aufwendungen im Verhältnis zum BSP durchschnittlich sogar nur ca. 3%. Die marokkanische Regierung scheint mit einem Anteil von ca. 1% der medizinischen Versorgung so gut wie keine Bedeutung beizumessen. Im internationalen Vergleich gehört Marokko zudem zu den Ländern mit der höchsten Analphabetenrate.

Werden sich alle diese Entwicklungen nicht grundlegend verbessern, wird sich nach Berechnungen der Weltbank das ohnehin schon hohe Wohlstandsgefälle zwischen dem südlichen Mittelmeerraum und der EU, das 1992 bereits ein Verhältnis von 12:1 betrug, weiter ausdehnen und sowohl das Migrationspotenzial als auch den von der EU gefürchteten Migrationsdruck weiter ansteigen lassen. Vor dem Hintergrund des Zusammenhangs von ökonomischer Entwicklung und politischer Stabilität ist davon auszugehen, dass dies auch mit Folgen für das ohnehin schon labile politische Gleichgewicht in allen Maghreb-Staaten verbunden sein wird.

⁴ British Petroleum (BP) hat 1999 Investitionen in der algerischen Gasindustrie im Wert von ca. 3,5 Mrd. US-\$ getätigt.

⁵ Algerien vereinigt noch ca. 1% des weltweiten Erdölexports auf sich und verfügt über die siebtgrößten Erdgasreserven weltweit.

Tabelle 4: Menschliche Armut im Maghreb

		Algerien	Marokko	Tunesien
Human Poverty Index (HP-1) Rang, 2001		42	56	37
Human Development Index (HDI) Rang, 2001		107	126	91
Sterberate bis zum 40. Lebensjahr 2001 (in%)		9,3	9,4	4,9
Analphabetenrate bei Erwachsenen (15 Jahre und älter; in %) 2001		32,2	50,2	27,9
Bevölkerung ohne Zugang zu	Sauberem Wasser (in %), 1990-2000	11	20	2
	Medizinischen Diensten (in %), 1981-1993	k.A.	38	10
	Sanitären Anlagen (in %), 1990-1998	9	42	20
Unterernährung bei Kindern bis zum 5. Lebensjahr (in %), 1995-2001		6	9	4
Anteil am Einkommen oder Konsum	Ärmsten 20% (in %), 1987-1998	7,0	6,6	5,9
	Reichsten 20% (in %), 1987-1998	42,6	46,3	46,3
	Reichsten 20% zu ärmsten 20% (in %), 1987-1998	6,1	7,0	7,8
Bevölkerung unter der Einkommens- /Armutsgrenze (in %)	1 US-\$ pro Tag (1993 PPP US-\$), 1989-2001	<2	<2	<2
	Nationale Armutsgrenze, 1987-2000	22,6	19,0	7,6

Quelle: UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung 2003. k.A. = keine Angabe.

1.2. Der Maghreb als Sicherheitsrisiko? Islamismus und Terror in Nordafrika

Auch aus sicherheitspolitischer Perspektive sind die Staaten des inneren Maghreb für die EU, Deutschland und insbesondere für ihren am nächsten gelegenen europäischen Nachbarn Spanien von großer Bedeutung. Während Nordafrika in den neunziger Jahren durch den inneralgerischen Bürgerkrieg und gelegentlich durch den noch immer ungelösten Westsahara-Konflikt negativ auf sich aufmerksam gemacht hat, ist die nur 13 km vom spanischen Festland entfernte Region in den letzten Jahren zunehmend in das Blickfeld des weltweiten Interesses geraten und wird aus europäischer Perspektive vielfach als „*soft security risk*“ betrachtet.

Ursache dafür ist zum einen der sich seit Anfang der neunziger Jahre kontinuierlich anstauende Migrationsdruck, der sich – wie erst unlängst in den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla geschehen – in unregelmäßigen und kürzer werdenden Abständen in Form von illegalen Einwanderungswellen Richtung Spanien entlädt. *Zum anderen wird die Region aber auch deshalb von vielen Beobachtern als Sicherheitsrisiko angesehen, da sie insbesondere seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in zunehmendem Maße als eine der Brutstätten des internationalen, islamistischen Terrorismus genannt wird.*

Diese Sichtweise ist jedoch mit Vorsicht zu betrachten und wird weder den Besonderheiten der einzelnen Länder, noch der Tatsache gerecht, dass letztere ebenfalls Opfer des internationalen Terrorismus sind: So wurde am 11.04.2002 auf der tunesischen Ferieninsel Djerba ein blutiger Anschlag auf eine überwiegend von deutschen Terroristen besuchte jüdische Synagoge verübt, während am 16.05.2003 in Casablanca mehrere Bombenexplosionen 45 Menschen in den Tod rissen; ebenfalls im Jahr 2003 wurden 32 europäische Touristen in der algerischen Sahara entführt und über Monate festgehalten.

Generell ist festzustellen, dass sich in allen Staaten des Maghreb seit Mitte der achtziger Jahre eine wachsende Entfremdung der Bevölkerung von primär an ihrer Machtsicherung interessierten Regimen vollzogen hat. Vor allem in Algerien und Marokko ist zu beobachten, dass den politischen und wirtschaftlichen Eliten die Bereitschaft und die Fähigkeit fehlen, den sich verschärfenden sozioökonomischen Krisenpotentialen durch entschlossene Strukturreformen entgegenzutreten. Dies hat zu einem Erstarken islamisch-fundamentalistischer Bewegungen geführt. Diese unterscheiden sich jedoch hinsichtlich ihres Zuspruchs, ihres Organisationsgrades sowie der Anwendung von Gewalt und Terror.

Obwohl es im Maghreb keine einheitliche und in sich geschlossene islamistische Terrorbewegung gibt, sind sich die einzelnen Gruppen in Bezug auf ihre Ziele ähnlich. Sie zeichnen sich dadurch aus, islamische Staaten errichten zu wollen, deren innere Struktur und äußere Politik nach den Lehren des Koran und dessen Auslegung durch die Religionsführer geordnet sein sollen. Wirtschaftliche Rückständigkeit, Armut, und Unterentwicklung werden dabei überspitzt als Resultat des kolonialen Erbes sowie einer vermeintlichen Vorherrschaft der westlichen Welt gedeutet.

In Algerien hat sich nach dem Ende des Bürgerkrieges sowie der unlängst von Staatspräsident Bouteflika ausgearbeiteten und per Referendum angenommenen Charta für die nationale Aussöhnung die innenpolitische Lage sichtbar entspannt und die Zahl gewaltbereiter

Bewegungen hat sich erheblich verringert. Einerseits ist dies auf die vom algerischen Regime bereits seit 1992 angewandte *politique d'eradication* totale zurückzuführen. Sämtliche islamistischen Bewegungen – aber auch andere unliebsame Regimegegner – wurden mit äußerster Gewalt bekämpft. Andererseits ist der überwältigende Teil der Bevölkerung nach fast einem Jahrzehnt des Grauens und Mordens vor allem an Frieden interessiert und scheint sich weitgehend von Politik und politischem Islam abgewandt zu haben. Diese Entwicklung steht allerdings im Widerspruch zu Schätzungen, denen zufolge das islamistische Wählerpotential auf ca. 10-15% geschätzt wird. Ferner gilt es darauf hinzuweisen, dass sich insbesondere in den nur schwer kontrollierbaren Weiten des algerischen Südens eine graduelle, aber stetige Reorganisation und zunehmend auch grenzüberschreitende Aktivitäten militanter Islamisten beobachten lassen und die mittlerweile wohl größte algerische Terrorgruppe, die *Groupement salafiste pour la prédication et le combat (GSPC)*, langsam, aber stetig an Stärke gewinnt.

In gewisser Weise lässt sich für Marokko ein ähnliches Bild zeichnen. Wenngleich der marokkanische König Mohamed VI. in den ersten Jahren seiner Amtszeit wiederholt erklärt hat, dass es in Marokko keine Bedrohung durch radikale Fundamentalisten gebe, so lässt sich dennoch ein stetiges Anwachsen gewaltbereiter Extremisten sowie eine schleichende Islamisierung beobachten. Diese lässt sich bspw. in dem großen Mobilisierungspotential der illegalen, von Scheich Yassine geleiteten Vereinigung für Gerechtigkeit und Spiritualität erkennen, und kam bei Demonstrationen in Rabat zwei Tage nach den Anschlägen von Casablanca neuerlich zum Ausdruck. Gleiches gilt für die gemäßigt islamistische *Parti de la justice et du développement (PJD)*, die aus den Parlamentswahlen im September 2002 als drittsstärkste politische Kraft hervorgegangen war. Obwohl sie bei den im September 2003 abgehaltenen – und von den sechs Regierungsparteien gewonnenen – Gemeindewahlen nur auf den 11. Platz kam, sagt dies nichts über ihr aktuelles Wählerpotential aus, da sie auf Druck des Innenministeriums in zahlreichen Wahlkreisen nicht vertreten war. Trotz der Einschränkungen gelang es der PJD, einen Wahlkreis für sich zu entscheiden und in der Stadt Méknes erstmals das Amt des Bürgermeisters zu besetzen. Auch wenn sich Mohamed VI. immer wieder als reformwilliger Herrscher zu präsentieren versucht – bestes Beispiel ist das von ihm angestoßene und die Rechte der Frau stärkende Familiengesetz –, so ist nicht zu übersehen, dass er seit den Terrorattentaten von Mai 2003 die „autoritären Zügel“ deutlich angezogen hat. Dies zeigt sich insbesondere in einem verschärften Vorgehen gegen potentielle Regimegegner, insbesondere aus den Reihen islamischer Traditionalisten, einer partiellen Verschärfung der Zensur, einer Erosion ziviler und politischer Rechte sowie im Ausbau des Sicherheitsapparates.

Nach den Terroranschlägen vom 11.04.2002 auf Djerba ist es der tunesischen Regierung zügig gelungen, das Land wieder aus den internationalen Schlagzeilen herauszuführen. Dabei ist sie jedoch abermals der von Ben Ali seit seiner Machtübernahme im Jahr 1987 kontinuierlich ausgeweiteten Strategie der Repression von Regimekritikern sowie der Praxis der gewaltsamen Verfolgung und Auslöschung islamistischer Bewegungen treu geblieben. Gemäß den Berichten unabhängiger internationaler Menschenrechtsorganisationen waren auch in den letzten Jahren noch immer mehr als 1.000 politische Häftlinge ohne oder auf der Grundlage unrechtmäßiger Gerichtsurteile inhaftiert und dabei Isolationshaft und Folter ausgesetzt. Ben Ali hat im Dezember 2003 ein neues Sicherheitsgesetz verkündet, welches dem Staat im Zuge des

internationalen Kampfes gegen den Terrorismus weit reichende Befugnisse einräumt und durchaus gegen unliebsame Oppositionelle angewandt werden kann. Gleichzeitig hat der Präsident in einer Geste des guten Willens mehrfach Mitglieder der islamistischen und weitgehend am Boden liegenden *En-Nahda* freigelassen, von denen angesichts der systematischen staatlichen Repression und Überwachung aber gegenwärtig keine Gefahr für die innere oder äußere Sicherheit ausgeht.

2 Die Maghreb-Politik der Europäischen Union – zwischen Aktion und Reaktion

Die Beziehungen der EU zu den Maghreb-Staaten sind so alt wie die Gemeinschaft selbst. Auf Druck der damaligen französischen Regierung wurde in den EWG-Vertrag von 1958 ein Zusatzprotokoll aufgenommen, das den besonderen Beziehungen Frankreichs zu seinen 1956 unabhängig gewordenen Kolonien Marokko und Tunesien sowie dem bis 1962 zu Frankreich zugehörigen Algerien Rechnung tragen sollte. In dieser Absichtserklärung verpflichteten sich die sechs EG-Staaten mit den nordafrikanischen Ländern eine wirtschaftliche Assoziierung anzustreben, um deren Zugang zum Gemeinsamen Markt zu regeln und einen Beitrag zu deren wirtschaftlicher und sozialer Stabilisierung zu leisten. Neun Jahre später wurden daher mit Marokko und Tunesien erste Handelsabkommen geschlossen, die im Zuge der 1972 initiierten globalen Mittelmeer-Politik durch Kooperationsabkommen ersetzt wurden.

Diese nun auch mit Algerien unterzeichneten Abkommen ebneten den Weg für eine intensive handelspolitische, wirtschaftliche, technische und finanzielle Zusammenarbeit zwischen der EG und den drei Staaten. Insbesondere aufgrund der asymmetrischen Handelsentwicklung, der sich ausweitenden Handelsbilanzdefizite Algeriens, Marokkos und Tunesiens sowie dem Wunsch der drei Staaten nach einer näheren Anbindung an die Gemeinschaft, wurde 1992 die so genannte *Neue Mittelmeer-Politik* initiiert, die jedoch in den drängenden Bereichen Agrarhandel, Migration und Finanzhilfe keine positiven Effekte zeitigte. Aus diesem Grund beschlossen die Staats- und Regierungschefs auf dem EU-Gipfel von Essen im Dezember 1994, nicht zuletzt auf Drängen der spanischen und französischen Regierung, die Schaffung einer *Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMP)*, welche am 27. November 1995 mit der Unterzeichnung der Deklaration von Barcelona in Kraft trat und bis heute den institutionellen Kooperationsrahmen für die Beziehungen zwischen der EU und den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres vorgibt.

Die EMP basiert auf drei Bereichen der Zusammenarbeit: einer (sicherheits-)politischen Partnerschaft, einer wirtschaftlichen und finanziellen Kooperation, die die Schaffung einer vertikalen euro-mediterranen Freihandelszone vorsieht, sowie einer sozialen und kulturellen Dimension. Die praktische Implementierung dieser drei Bereiche vollzieht sich auf der Grundlage bilateral zwischen der EU und jedem südlichen Mittelmeeranrainer abgeschlossenen Assoziierungsabkommen. Das Abkommen mit Tunesien ist bereits 1995 unterzeichnet worden und seit 1998 in Kraft, jenes mit Marokko wurde 1996 unterzeichnet und im Winter 2000 wirksam.

Die Abkommensverhandlungen mit Algerien hingegen konnten erst 2002 zum Abschluss gebracht werden, da die algerische Regierung die makroökonomischen Konsequenzen der anvisierten Freihandelszone fürchtete und darauf bestand, die Visabeschränkungen für die in Europa lebenden Algerier aufzuheben. Ein weiterer Grund für die lange Verhandlungsdauer lag darin, dass innerhalb der EU keine Einigkeit bestand, wie zukünftig mit dem algerischen Regime umzugehen sei: Während insbesondere die Regierungsvertreter der skandinavischen EU-Staaten sowie das Europäische Parlament Präsident Bouteflika dafür kritisierten den politischen Einfluss der Armee nicht zurückgedrängt zu haben und jegliche Gespräche mit der Führung der FIS abzulehnen, setzten sich die südeuropäischen Ratsvertreter für weitere Handelspräferenzen ein.

Diese Differenzen konnten schließlich nach langen Gesprächsrunden im Europäischen Rat sowie unter Verweis auf die politische Notwendigkeit, Algerien ein Assoziierungsabkommen zu gewähren, harmonisiert werden. Allerdings war die Folge dieses Angleichungsprozesses das der endgültige Abkommenstext, der am 22. April 2002 von den Vertragsparteien in Brüssel unterzeichnet wurde, jegliche umstrittenen Passagen aussparte.

Für die EMP gilt bislang, dass sie die an sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen konnte. Korb I, die Etablierung einer sicherheitspolitischen Partnerschaft im Sinne der Deklaration von Barcelona, stagniert, während Korb III (soziale und kulturelle Kooperation) sich auf einige wenige, elitäre Projekte beschränkt. Lediglich die wirtschaftliche Zusammenarbeit verläuft gemäß der Abkommensvereinbarungen. Was jedoch Handels(bilanz)entwicklung, Zugang zu den europäischen Agrarmärkten sowie die individuelle handelspolitische Bedeutung betrifft, eindeutig zuungunsten nahezu aller drei Maghreb-Staaten (vgl. Tabellen 5 – 9 im Anhang).

Aus diesem Grund, vor allem aber um der neuen geopolitischen Situation der EU nach der Osterweiterung Rechnung zu tragen, geht Brüssel mit der Veröffentlichung der so genannten „Wider-Europe“-Strategie im März 2003 erstmals über den wirtschaftspolitischen Barcelona-acquis hinaus. *Seit 2004 wird den südlichen Mittelmeeranrainern (sowie den gegenwärtig über keine EU-Beitrittsperspektive verfügenden osteuropäischen Nachbarstaaten) eine stufenweise Integration in den Binnenmarkt und die Einbeziehung in das ihm zugrunde liegende Regime der vier Freiheiten im Gegenzug für politische und wirtschaftliche Reformen in Aussicht gestellt.*

Eine solche Integration hätte zur Folge, dass das entsprechende Land über die engste Form der Anbindung an die EU unterhalb der Mitgliedschaftsebene verfügte. Diese Perspektive ist für Marokko und Tunesien angesichts ihrer einseitig auf die EU ausgerichteten Handelsstrukturen unbestritten attraktiv und kann gegenwärtig noch nicht abschätzbare positive Erträge erzeugen.

Nichtsdestotrotz ist dieses Angebot aus Sicht der südlichen Mittelmeerstaaten mit Vorsicht zu betrachten. Bislang ist nicht erkennbar, welche Beziehung zwischen den Assoziierungsabkommen und den Ende 2004 geschlossenen Aktionsplänen mit Marokko und Tunesien besteht. Nicht nur hat es die EU versäumt in den Aktionsplänen eine klare roadmap zu verankern, aus der explizit hervorgeht, mit welchen Anreizen und „Belohnungen“ die südlichen Mittelmeeranrainer kurz- und mittelfristig für erfolgreiche politische und wirtschaftliche Reformen rechnen können. Überdies geben die einschlägigen EU-Mitteilungen keinen Hinweis darauf, welche politischen, wirtschaftlichen und administrativen Kosten mit der graduellen Übernahme des juristischen und politischen Besitzstandes der EU verbunden sein werden.

Grundsätzlich gilt: Der so genannte *acquis communautaire* ist von außerordentlichem Umfang und sowohl eine eventuelle Angleichung nationaler Gesetzgebung an den *acquis* als auch seine gesamte Übernahme und Umwandlung in nationales Recht sind extrem zeitaufwendig sowie kostenintensiv. Dies gilt für die jeweiligen bürokratischen Apparate, trifft aber zuvorderst jene lokalen Betriebe, welche ihre Produkte an die neuen Regulierungsbestimmungen anpassen müssen.

Ferner setzt die von der EU eingeforderte Harmonisierung die Unterstützung aller relevanten bzw. betroffenen politischen, wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Akteure voraus. Eine derart breite Unterstützungsfront erscheint allerdings wenig wahrscheinlich, da die entsprechenden Anpassungskosten von der breiten Masse der Bevölkerung mit großer Wahrscheinlichkeit als Folge eines Auflebens neo-kolonialer Dominierungsversuche durch Europa interpretiert werden. In Bezug auf die politischen Eliten besteht das Risiko, dass sie sich letztlich gegen die volle Umsetzung der Aktionspläne aussprechen, besteht doch gerade durch diese die Möglichkeit, dass weit reichende Wirtschaftsreformen in Gang gesetzt werden, durch die *spill-overs* generiert werden, die von der wirtschaftlichen auf die politische Ebene wandern und dort den überwiegend nicht legitimierten Herrschaftsanspruch der autoritären Regime herausfordern.

2.1. Die deutsche Maghreb-Politik

Die seit 1991 verfassten konzeptionellen Überlegungen des Auswärtigen Amtes (AA), des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und einzelner Bundestagsfraktionen sowie eine relativ ausgeprägte Besuchsdiplomatie deuten auf ein wachsendes Interesse an der Region hin. Seit der Konferenz von Barcelona im Jahr 1995 sind die deutsch-nordafrikanischen Beziehungen noch stärker als zuvor in den europäischen Kontext eingebettet. *Die seit Beginn der neunziger Jahre zu beobachtende Sensibilisierung deutscher Außenpolitik resultiert aus der strategischen Überlegung, sowohl einer Externalisierung der nordafrikanischen Problem- und Konfliktfelder vorzubeugen als auch der viel zitierten Aufgabenteilung entgegenzuwirken, wonach Deutschland für die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten und Frankreich und Spanien für den Maghreb verantwortlich seien.* Neben dem begründeten Eigeninteresse an Ordnung und Stabilität in den drei Ländern, lassen sich vier Schwerpunktbereiche deutscher Nordafrika-Politik erkennen:

- *Verringerung des Wirtschaftsgefälles und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung,*
- *Eindämmung des Migrationspotentials,*
- *Unterstützung beim Aufbau und der Etablierung demokratischer Strukturen und pluralistischer Gesellschaftsformen und*
- *Respektierung der Menschenrechte.*

Bei der Umsetzung dieser Ziele besteht jedoch eine Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Einerseits ist das auf das Fehlen einer gemeinsamen geschichtlichen Dimension zurückzuführen. Andererseits wurde der Handlungskorridor für ein verstärktes Engagement im Maghreb durch die von der algerischen Staatsmacht verordnete Beendigung des Prozesses der politischen Liberalisierung und dem Ausbruch der Feindseligkeiten 1992 deutlich enger. Dies hat sich insbesondere auf den angestrebten Beitrag zur Demokratisierung und in der Menschenrechtsfrage ausgewirkt. Im Rahmen bilateraler Regierungs-Konsultationen, wie bspw. beim Treffen des ehemaligen deutschen Außenministers Fischer mit seinem tunesischen Amtskollegen Ben Yahia in Berlin Ende April 2001 wird zwar immer wieder versucht, diese

Defizite zu thematisieren. Dies wird aber allzu oft von den herrschenden Eliten als Einmischung in innere Angelegenheiten abgetan.

Was die Interdependenz im bilateralen Warenverkehr betrifft, so ist diese unterschiedlich ausgeprägt. Während Deutschland für alle drei Staaten zu den vier wichtigsten Handelspartnern zählt, ist ihr handelspolitischer Stellenwert gemessen am gesamten Außenhandel für Deutschland von untergeordneter Bedeutung. 1989 betrug der Anteil des gemeinsam mit den Maghreb-Ländern erwirtschafteten Handelsvolumens an den weltweit von Deutschland ein- und ausgeführten Gütern 0,54%, 2000 gar nur 0,49%.

Insbesondere nach dem Ausbruch des algerischen Bürgerkriegs sind die Ausfuhren nach Algerien zwischenzeitlich deutlich zurückgegangen. Wenngleich sich das Exportvolumen (bestehend aus Maschinen, Fahrzeugen, elektronischen, chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen) wieder erhöht hat, erreicht es dennoch weder das Niveau von 1989/90 noch das Durchschnittsergebnis der siebziger und achtziger Jahre. Bei den Einfuhren, die aufgrund des 95%igen Anteils von Hydrokarbonprodukten stets einen höheren Wert als die nach Algerien ausgeführten Güter haben, ergibt sich hingegen ein gemischtes Bild. In Abhängigkeit von dem auf dem Weltmarkt gehandelten Rohölpreis stieg der Wert der Einfuhren aus Algerien zwischen 1989 und 1992 um 62% an, fiel danach aber bis 1999 mit 1259,8 Mio. DM auf ein Rekordtief. Erst der jüngste Preisanstieg bei Kohlenwasserstoffen sowie eine Erhöhung der Fördermengen haben seit 2000 zu neuen Importrekorden geführt. Einhergehend mit der sich seit 1999 beruhigenden sicherheitspolitischen Lage in Algerien ist bei der deutschen Großindustrie ein zunehmendes Investitionsinteresse erkennbar.

Zwar hat Deutschland in den letzten Jahren seine bestehenden Handelsbilanzüberschüsse mit Marokko ausbauen können. Das überdeckt aber nicht, dass sowohl die Einfuhren (Teppiche, Textilien, Fruchtsäfte, Frühgemüse, Obst, Fischkonserven, Phosphatprodukte, Kupfer und Blei) als auch die Ausfuhren (Maschinen, Schiffe, Stahl, chemische, plastische und elektrotechnische Erzeugnisse) weitgehend auf demselben Wertniveau geblieben sind. Generell gilt: Die bestehenden bilateralen Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung, zur Investitionsförderung sowie zur gegenseitigen Rechtshilfe bei Handels- und Zivilangelegenheiten haben dazu beigetragen, dass sich mittlerweile ca. 80 deutsche Unternehmen in Marokko befinden, die bis 2001 ein Investitionsvolumen von insgesamt ca. 325 Millionen € aufgebracht haben.

Wirklich dynamisch hat sich nur der deutsch-tunesische Warenverkehr entwickelt. Bei den aus Textilien, Erdöl- und Phosphatprodukten bestehenden Einfuhren, die aufgrund der Ölpreisschwankungen in unregelmäßigen Abständen einen höheren Wert als die nach Tunesien gelieferten Güter einnehmen ist es ebenso wie bei den deutschen Ausfuhren nach 1989 zu einer Verdoppelung gekommen. 1989 betrug der Wert der auf Tunesien entfallenden Exporte 932,6 Mio. DM, elf Jahre später 2008,1 Mio. DM. Die deutschen Importe stiegen von 839,7 Mio. DM 1989 auf 1896,1 Mio. DM im Jahr 2000. Dabei entfallen ca. 80% der aus Tunesien stammenden Einfuhren und ca. 40% der deutschen Exporte auf tunesische Lohnveredelungsbetriebe bzw. auf Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung in Tunesien. Letztere sind aufgrund der ihnen eingeräumten Steuerfreiheit von ca. 130 1991 auf

gegenwärtig über 240 angewachsen und haben ca. 400 Mio. DM in die tunesische Volkswirtschaft, insbesondere in den Sektoren Textil- und Lederverarbeitung und elektronische Bauteile investiert.

2.2. Die spanische Maghreb-Politik

Im Gegensatz zu Deutschland ist der Maghreb für Spanien vor allem aufgrund seiner geographischen Lage, der hohen Zahl nordafrikanischer Einwanderer sowie des stetig zunehmenden Migrationsdrucks von außerordentlicher Bedeutung. *In Ergänzung zu seiner Brückenfunktion nach Lateinamerika betreibt Spanien spätestens seit der Regierungsübernahme von Felipe Gonzales in den achtziger Jahren eine nahostfreundliche Außenpolitik, in deren Mittelpunkt der Maghreb und insbesondere die Beziehungen zu Marokko stehen.* Dies findet seinen Ausdruck in regelmäßigen bilateralen Treffen auf Ministerienebene und auf Ebene der Staats- und Regierungschefs – prominentes Beispiel sind die Staatsbesuche von Premierminister Zapatero in allen drei Maghreb-Staaten während der ersten hundert Tage seiner Amtszeit im Frühsommer 2004.

Nachdem der Konflikt um die zwischenzeitlich von Marokko besetzte und zu Spanien gehörende Perejil-Insel auf amerikanischen Druck Mitte 2002 beigelegt wurde, ist das neuerliche marokkanisch-spanische *rapprochement* eine Folge des Besuchs der damaligen spanischen Außenministerin Ana Palacio sowohl beim marokkanischen König Mohammed VI in Agadir als auch bei der marokkanischen Regierung in Rabat Ende Januar 2003. Seither, dies hat sich auch beim Antrittsbesuch des neuen spanischen Ministerpräsidenten Zapatero in Rabat im Frühsommer 2004 gezeigt, befinden sich beide Parteien regelrecht in einem *honeymoon* und haben nach den Terroranschlägen von Madrid am 11.03.2004 ihre Zusammenarbeit im Bereich Terrorismusbekämpfung sowie bei der Eindämmung des Rauschgifthandels und der illegalen Einwanderung deutlich ausgeweitet. Überdies hat sich die marokkanische Regierung auf dem im Dezember 2003 abgehaltenen bilateralen Gipfeltreffen mit dem bereits 1980 andiskutierten Plan, beide Länder durch eine unter der Straße von Gibraltar verlaufende Bahnlinie zu verbinden, durchgesetzt. Für die erste dreijährige Phase des ambitionierten Projektes wurde schließlich ein Budget von 27 Mio. EUR verabschiedet.

Neben dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus – immer wieder werden mutmaßliche Al-Qaida-Mitglieder marokkanischer Herkunft mit engen Kontakten nach Algerien und Marokko festgenommen –, die illegale Einwanderung und die Eindämmung des Rauschgifthandels auf den Cannabisfeldern im marokkanischen Rif-Gebirge, sind es noch zwei weitere Themen, die aus spanischer Sicht besonderer Aufmerksamkeit bedürfen: Die energiepolitische Zusammenarbeit mit Algerien sowie die Lösung des Westsahara-Konflikts. Die energiepolitische Zusammenarbeit mit Algerien zielt auf den Bau einer direkten, Marokko umgehenden Erdgasleitung durch das Mittelmeer von Algerien nach Spanien. Spanien verspricht sich hiervon nicht nur eine sichtbare Untermauerung und Aufwertung seiner guten Beziehungen zu Algier. Vielmehr erhofft sich die spanische Regierung dadurch eine Sicherstellung seiner Energieversorgung und die Leistung eines Beitrags zur Verringerung der Abhängigkeit der meisten EU-Staaten von russischem Erdgas.

Was den Westsahara-Konflikt betrifft, so hatte Spanien die POLISARIO, die sahraouische Befreiungsfront, seit der Aufgabe seiner ehemaligen Kolonie im Jahre 1975 in ihrem Streben nach Unabhängigkeit stets unterstützt. Angesichts des Scheiterns aller Vermittlungspläne, die nach dem ehemaligen US-Außenminister Baker benannt wurden, und im Zuge von Bakers Rückzug vom Amt des UN-Sonderbeauftragten für die Westsahara, hat die neue spanische Regierung allerdings ihre bisherige Haltung relativiert. Zwar sprechen sich auch Premierminister Zapatero und Außenminister Moratinos noch immer für eine Konfliktlösung im Einklang mit internationalem Recht aus. Gleichwohl hat sich die spanische Regierung im Sommer 2004 erstmals gegenüber einer möglichen gemeinsamen französisch-spanischen Initiative offen gezeigt. Da Frankreich traditionell eine pro-marokkanische Haltung vertritt und sich lediglich für eine eingeschränkte Autonomie der Westsahara einsetzt, deutet dies auf eine Abkehr von der bisherigen spanischen Position hin.

Auch im Bereich des Handels sind Spaniens Beziehungen zu den drei Staaten Nordafrikas ausgeprägt, wobei vor allem dem bilateralen Warenverkehr mit Marokko eine besondere Bedeutung zukommt. Allein im Zeitraum zwischen 2001 und 2004 haben sich die spanisch-marokkanischen Handelsbeziehungen sehr dynamisch entwickelt. So ist das Handelsvolumen um ca. 30% angestiegen und betrug Ende 2004 2.497 Mio. €. Von diesen entfielen 1.389 Mio. € auf spanische Exporte, was einen Anteil von 12% an den gesamten marokkanischen Importen bedeutet. Dem stehen 1.108 Mio. € an marokkanischen Ausfuhren nach Spanien gegenüber, die in der Außenhandelsstatistik Marokkos für einen Anteil von 17% an den gesamten marokkanischen Ausfuhren stehen.

3 Elemente einer neuen europäischen Maghreb-Politik

Insgesamt wird deutlich, dass die europäische Maghreb-Politik der in Nordafrika vorzufindenden Gemengelage an Problemen durchaus Bedeutung beimisst. Den Problemen wird bislang jedoch nicht ausreichend und erfolgreich begegnet. Zwar birgt insbesondere die ENP ein nicht zu unterschätzendes Potential, die politischen Eliten der drei Maghreb-Staaten zu politischen und wirtschaftlichen Reformen zu bewegen. Nichtsdestotrotz greift auch sie zu kurz, wenn es um Schlüsselthemen wie innermaghrebische Kooperation, Freihandel, politischen Pluralismus, Stärkung der Zivilgesellschaft sowie um Ausbildung geht.

3.1. Stärkung der subregionalen Kooperation

Bereits 1989 haben die drei Maghreb-Staaten zusammen mit Mauretanien und Libyen die Arabische Maghreb-Union (AMU) geschaffen. Trotz der Zielsetzung der AMU den Intra-Maghreb-Handel zu intensivieren und trotz der inselartigen Lage des Maghreb, die durch den Atlantischen Ozean im Westen, das Mittelmeer im Osten und die Sahara im Süden erzeugt wird, sowie der unterschiedlichen Ressourcenausstattung aller drei Staaten – und der damit potentiell günstigen Voraussetzungen für einen sich ergänzenden Warenaustausch – sind die intra-maghrebischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen für Algerien, Marokko und Tunesien sowohl hinsichtlich des Umfangs als auch hinsichtlich der Intensität bislang von marginaler Ausprägung.

Tabelle 10 (vgl. Anhang) lässt erkennen, dass alle drei Staaten bspw. 1998 weniger als 1% ihres jeweiligen bilateralen Außenhandels miteinander abwickelten und sich der gesamte Import- und Exportanteil Nordafrikas (inklusive Libyen und Mauretanien) in der Handelsbilanz Algeriens, Marokkos und Tunesiens auf unter 5% belief. Seit Mitte der 50er bzw. Anfang der 60er Jahre war dieser Anteil zwar immer wieder jährlichen Schwankungen unterworfen, verharrte allerdings bis in die jüngste Gegenwart konstant auf ähnlich niedrigem Niveau.

Da durch eine Intensivierung der subregionalen Kooperation die Chance auf wirtschaftliche Skalenerträge und somit indirekt auf mögliche Arbeitsplatzschaffungen besteht, muss es die dringende Aufgabe der EU sein, im Zuge der EMP und nun der ENP stärker als bisher auf eine Reaktivierung der in einen Dornröschenschlaf gefallenen AMU hinzuwirken. Dies würde bedeuten, dass die drei Staaten im Zuge einer faktischer Nutzbarmachung der positiven Konditionalität nachdrücklich von den Vorteilen grenzüberschreitender regionaler Kooperation überzeugt werden müssen. Dies hätte nicht nur einen Abbau der zahlreichen tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse, eine Diversifizierung der jeweiligen Produktionsstrukturen und vielfache Synergieeffekte zur Folge. Vielmehr hat die Erfahrung des europäischen Integrationsprozesses gelehrt, dass durch eine solche intensivierete transnationale Wirtschaftszusammenarbeit auch die Aussicht auf positive politische spill-overs besteht und jene auf ideologische oder divergierende (außen-)politische Grundkonzeptionen zurückgehenden Rivalitäten sukzessive abgebaut werden können.

3.2. Beseitigung tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse

Unter Ausnutzung der mit der EU abgeschlossenen Assoziierungsabkommen ist es zwar allen drei Staaten seit 1995 gelungen, neue Ausfuhrrekorde im bilateralen Handel mit der EU zu erzielen, gleichzeitig haben sich aber die *terms of trade and finance* in den letzten zehn Jahren konstant zu ihren Ungunsten entwickelt. Mit Ausnahme von Algerien, das aufgrund der hohen Rohstofflastigkeit seiner Exporte seit 1981 einen Handelsbilanzüberschuss mit der EU verzeichnet, sind Marokko und Tunesien mit stetig wachsenden Handelsbilanzdefiziten sowie – dies gilt auch für Algerien – mit einer steigenden Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten aus der EU konfrontiert.

Die geplanten euro-mediterranen Freihandelszonen bis zum Jahr 2010 sind nur bilateral und vertikal strukturiert und beziehen sich ausschließlich auf Industrieprodukte. Dies läuft eindeutig den Zielen der EMP zuwider und trägt zur Verschlechterung der Situation auf den nordafrikanischen Arbeitsmärkten bei. *Um jedoch eine Partnerschaft in gleicher Augenhöhe zu schaffen, sollte die EU den vor allem für die marokkanische und tunesische Volkswirtschaft bedeutenden Agrarhandel in die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit einbeziehen. Dies würde die drei Maghreb-Staaten in die Lage versetzen, fortan ihre in diesem Sektor bestehenden komparativen Kosten- und Wettbewerbsvorteile gewinnbringend zu nutzen.*

Überdies wäre es für die drei Staaten dadurch auch leichter, der in den Assoziierungsabkommen vorgesehenen Reziprozität und dem damit verbundenen unilateralen Abbau der Zölle für Einfuhren aus der EU zu begegnen. Eine solche Maßnahme wird im Rat der europäischen Agrarminister bereits seit Jahren immer wieder andiskutiert und ist bislang auf den erbitterten Widerstand der südeuropäischen Agrarproduzenten und deren Lobby gestoßen. Das vor allem in Frankreich und Spanien immer wieder vorgebrachte Argument, wonach ein möglicher Agrarfreihandel mit negativen Konsequenzen für die einheimischen Produzenten verbunden wäre, ist aber nur bei oberflächlicher Betrachtung stichhaltig. Zum einen ist die EU ohnehin auch im Zuge der Doha-Weltfreihandels-Runde unter starkem Druck, ihren Agrarprotektionismus aufzugeben. Zum anderen besteht nur durch die gezielte Integration der drei Staaten in den Welthandel und die damit einhergehende mögliche Schaffung von Arbeitsplätzen die Chance, dem wachsenden Migrationsdruck und der sich ausbreitenden Verelendung in der Region zwischen Tetouan im Westen und Tunis im Osten Einhalt zu gebieten.

3.3. Förderung des Pluralismus und Integration des politischen Islam

Angesichts des Erstarkens islamisch-fundamentalistischer Bewegungen in Nordafrika und des Zuspruchs, den diese Gruppen insbesondere in den armen Bevölkerungsschichten erfahren, ist es aus europäischer Sicht unumgänglich, moderate, d.h. gewaltfrei operierende und dem Ziel der Demokratisierung des Maghreb verpflichtete Bewegungen in den politischen Prozess einzubeziehen.

Wie in weiten Teilen des Nahen Ostens, so existieren auch in Marokko und Algerien zahlreiche islamische Bewegungen, die insbesondere im Bereich der Wohlfahrt, die vom Staat nur rudimentär ausgeübte Bereitstellung sozialer Güter übernehmen und somit aus Sicht weiter

Teile der Bevölkerung über eine hohe Legitimität verfügen. Eine graduelle Inklusion dieser Gruppen in die politische Arena wäre somit nicht nur ein Reflex auf weit verbreitete gesellschaftliche Präferenzen, sondern wäre letztlich auch ein deutliches Zeichen in Richtung Pluralismus und könnte dazu beitragen, radikalen Gruppierungen den Nährboden zu entziehen.

Bereits im Zuge der EMP und auch neuerdings über das Instrument der ENP, verfügt die EU bereits über den institutionellen und finanziellen Rahmen, sich für eine solche politische Öffnung einzusetzen. *Nur gilt es, diesen Rahmen entschlossen zu nutzen. Die Folgen der bisher angewandten europäischen Praxis, Stabilität Vorrang vor Demokratisierung einzuräumen und autoritären Regimen bedingungslos Unterstützung zuteil werden zu lassen, zeigen sich seit dem Abbruch der algerischen Parlamentswahlen im Januar 1992 in Form der Zunahme terroristischer Anschläge und der überbordenden Migrationswellen mehr als deutlich.*

3.4. Stärkung der Zivilgesellschaft

Mit der schrittweisen Integration islamischer Bewegungen in den politischen Prozess geht notwendigerweise auch die schrittweise Stärkung der Zivilgesellschaft in allen drei Maghreb-Staaten einher. Insbesondere Korb III der EMP, die soziale und kulturelle Zusammenarbeit, hat sich diesem Ziel verschrieben, bislang aber nur wenig Erfolg gehabt. Zwar wurden zahlreiche, aus MEDA-Mitteln finanzierte Projekte wie bspw. das Euromed-Heritage-, das Euromed-Audiovisual- oder das Euromed Youth Action Programme initiiert. Mit Ausnahme des letztgenannten wenden sich diese Programme jedoch überwiegend an einen kleinen Zirkel privilegierter Eliten.

Ziel europäischer Politik muss es vielmehr sein, auf der Grundlage des Barcelona acquis die Zielgruppen deutlich auszuweiten und auch jene zivilgesellschaftliche Gruppen zu fördern, die sich außerhalb des Dunstkreises der herrschenden Regime bewegen. Ist letzteres bisher am Widerstand der Regierungen aller drei Staaten gescheitert – an vorderster Stelle dieser Ablehnungsfront steht unbestritten Tunesien – verfügt die EU spätestens seit der Schaffung der ENP über die Möglichkeit finanzielle Hilfe. Ein anderes Instrument könnte die Ausweitung von Handelspräferenzen als gezieltes Druckmittel sein.

3.5. Eine europäisch-nordafrikanische Bildungsinitiative

Basierend auf der Annahme, dass nur eine Wissensgesellschaft den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts effektiv begegnen kann, aber auch in Anbetracht der Tatsache, dass in allen drei Staaten Bildung noch immer ein exklusives Gut ist – dies kommt bspw. in der hohen Analphabetenrate in allen drei Maghreb-Staaten, insbesondere in Marokko, zum Ausdruck – sollte die EU in ihren Beziehungen zu den drei Maghreb-Staaten dem Faktor Bildung deutlich mehr Gewicht einräumen.

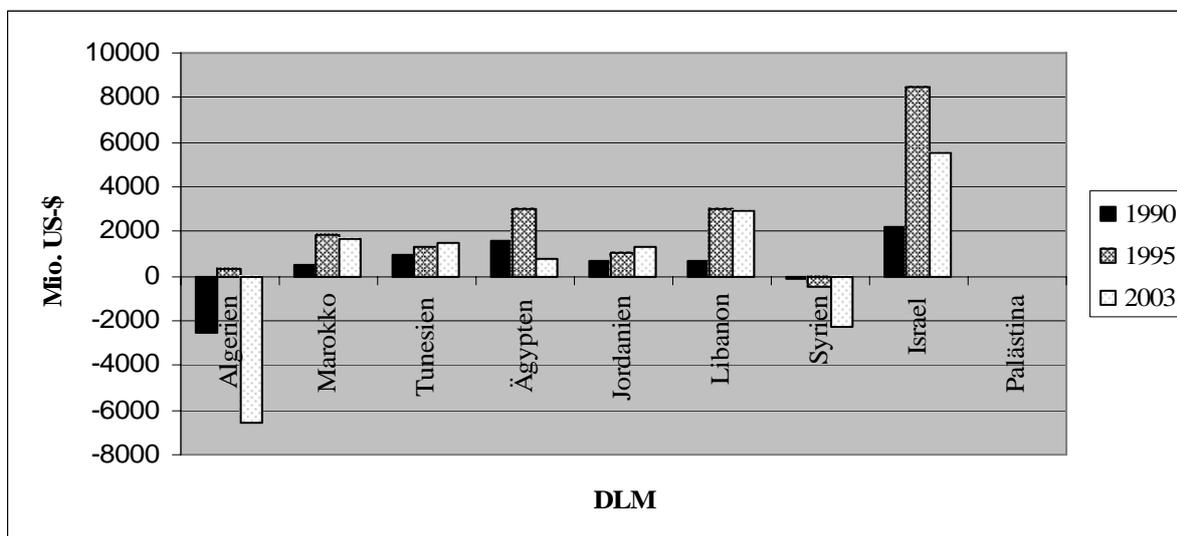
Zwar hat die EU mit der Ausweitung des Tempus-Programms im Juni 2002 auf die südlichen Mittelmeeranrainer ein erstes Signal in diese Richtung ausgesandt. Das *Trans-European Mobility Programme for University Studies* konzentriert sich allerdings auf die Entwicklung des Hochschulwesens im Rahmen von Kooperationen zwischen Hochschulen und anderen

Institutionen aus den EU-Mitgliedstaaten und den Partnerländern und nicht auf die Förderung des Individuums. Dabei spricht nichts dagegen, bereits bestehende und in Europa durchaus äußerst erfolgreiche Austauschprogramme wie bspw. Erasmus, Sokrates oder Leonardo auch auf den Maghreb und den südlichen Mittelmeerraum auszudehnen und ein nachhaltiges Programmnetzwerk von Schüler-, Studenten- und Dozentenaustauschen zu schaffen.

Dies muss begleitet werden von systematischer finanzieller Unterstützung des nordafrikanischen Schul- und Hochschulwesens und einhergehen mit einer verbesserten Ressourcenausstattung sowie einer Modernisierung der Curricula. Vor dem Hintergrund, dass seit Beginn der siebziger Jahre zahlreiche Millionen an europäischer Finanzhilfe in nicht zu Ende gebrachte oder schlichtweg nutzlose Infrastrukturprogramme in den Maghreb geflossen sind, aber auch in Anbetracht der Tatsache, dass Europa mit seiner alternden Gesellschaft zunehmend auf den Zustrom gut ausgebildeter ausländischer Arbeitskräfte angewiesen ist, ist eine solche Maßnahme ein vergleichsweise einfaches Instrument, mit dem mehrere Probleme gleichzeitig gelöst werden können.

Anhang

Tabelle 5: Handelsbilanz der EU mit Algerien, Marokko und Tunesien im Vergleich zu allen übrigen EMP-Mittelmeerländern (DLM), 1995-2003, in Mio. US-\$



Quelle: Femise: The Euro-Mediterranean Partnership, 10 Years after Barcelona: Achievements and Perspectives, 2005.

Tabelle 6: Ranking der drei Maghreb-Staaten unter den 50 wichtigsten Handelspartnern der EU vor und während der EMP

	Algerien	Marokko	Tunesien
1990			
Exporte	21	29	32
Importe	16	31	38
1994			
Exporte	30	32	35
Importe	26	32	35
2000			
Exporte	33	28	29
Importe	16	35	36

Quelle: Eurostat: Außenhandel Statistisches Jahrbuch 1996; Monatliche Statistiken 1/2002; DG Trade A2/CG/SG/WB.

Tabelle 7: Anteil der EU-Importe und EU-Exporte aus den Maghreb-Staaten an den Gesamtimporten/Gesamtexporten in/aus die/der EU (in %)

	Importe			Exporte		
	Algerien	Marokko	Tunesien	Marokko	Tunesien	Marokko
1993	1,5	0,4	0,6	1,0	0,7	0,8
1995	0,9	0,4	0,6	0,9	0,6	0,8
2003	1,3	0,6	0,5	0,7	0,8	0,7

Quelle: Eurostat: Außen- und Intrahandel der EU Statistisches Jahrbuch, 1958-1999; Monatl. Statistiken 1/ 2002; Femise: The Euro-Mediterranean Partnership, 10 Years after Barcelona: Achievements and Perspectives, 2005.

Tabelle 8: Anteil der EU an den Exporten der Maghreb-Staaten vor/während der EMP (in %)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Algerien	71,3	72,8	68,9	69,6	64,9	60,0	63,5	63,9	63,5	62,7	64,5
Marokko	62,4	64,0	62,4	64,4	62,1	61,4	60,7	72,9	74,1	74,3	-
Tunesien	76,9	78,2	78,6	80,0	79,0	80,0	78,3	80,2	80,1	80,0	79,8

Quelle: European Commission/eurostat: Euro-Mediterranean statistics 1/2000, 1/2001 und 1/2002.

Tabelle 9: Anteil der EU an den Importen der drei Maghreb-Staaten vor und während der EMP (in %)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2003
Algerien	63,2	58,3	55,9	59,3	62,5	56,7	57,4	55,4	57,3	59,4	59,0
Marokko	53,9	54,5	56,5	56,1	54,1	52,1	62,7	60,6	57,7	-	61,3
Tunesien	73,2	74,7	71,9	71,4	72,3	72,9	75,0	71,3	70,5	70,7	72,0

Quelle: European Commission/eurostat: Euro-Mediterranean statistics 1/2000, 1/2001 und 1/2002; Femise: The Euro-Mediterranean Partnership, 10 Years after Barcelona: Achievements and Perspectives, 2005.

Tabelle 10: Intra-Maghreb-Handel 1998 (in %)

	Algerien		Marokko		Tunesien		AMU	
	Import	Export	Import	Export	Import	Export	Import	Export
Algerien	-	-	0,12	0,64	0,26	0,36	0,44	1,27
Marokko	0,91	0,24	-	-	0,45	0,88	1,67	3,54
Tunesien	0,49	0,42	0,59	0,64	-	-	2,97	4,61

Quelle: IMF, Direction of Trade Statistics 1999.

Bertelsmann Transformation Index 2006

Überall auf der Welt ringen reformorientierte Gruppen um die Demokratisierung der Politik und die Verbesserung der Wirtschaftskraft – unter unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und mit unterschiedlichem Erfolg. Der friedliche Wandel autoritärer Staaten zu Demokratie und Marktwirtschaft stellt Bürger und Politiker vor gewaltige Herausforderungen. Bislang jedoch nahm die Öffentlichkeit allenfalls spektakuläre Ereignisse im Zuge dieses Wandels wahr. Es fehlte an einer systematischen Aufbereitung der Transformationsprozesse, um aus Fehlern und Erfahrungen lernen zu können.

Der Bertelsmann Transformation Index (BTI) schließt diese Lücke. Er informiert über den Stand von Demokratie und Marktwirtschaft im internationalen Vergleich (Status-Index) und bietet umfassende und systematische Vergleichsdaten über die Qualität der politischen Gestaltungsleistung in 119 Transformationsländern im Zeitraum von 2003 bis 2005 (Management-Index). Der Band enthält einen Überblick über die Ergebnisse des BTI 2006, globale und regionale Analysen sowie Informationen zu Ansatz und Methodik. Sämtliche Daten und die den BTI-Bewertungen zugrunde liegenden Ländergutachten sind auf der beiliegenden CD-ROM dokumentiert.



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Bertelsmann Transformation Index 2006

Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie

Verlag BertelsmannStiftung

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
Bertelsmann Transformation Index 2006
Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie

2005, 264 Seiten, Broschur
inkl. CD-ROM
€ 38,-
ISBN 3-89204-855-X

Verlag BertelsmannStiftung

Fax-Bestellschein

 **05241/46970**

oder im Umschlag zurück an den

Verlag Bertelsmann Stiftung
Postfach 103

33311 Gütersloh

Hiermit bestelle ich ____ Exemplar(e)

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
Bertelsmann Transformation Index 2006
Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie

2005, 264 Seiten, Broschur
inkl. CD-ROM
€ 38,-
ISBN 3-89204-855-X

Absender (bitte deutlich schreiben)

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

Datum, Unterschrift